Erscheint Mittwochs, Kab.-Schluß Sonntag.
Monats-Abonnement 0,20 Goldmark.
Anzeigenpreis: 4 mm-zeilige Petitzeile (Mindesthöhe 4 mm) 0,20 Goldmark. Geschlossene Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Teetlich, Nürnberg, Fernspr.-Anschl. 403 Verlandbl. u. Redakt.: Nürnberg 1, Eisenwerinstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto 3960 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 5 — Nürnberg, den 30. Januar 1924 — 36. Jahrgang

Verbandsbeiratssitzung.

Die Arbeiterschaft in der Schuhindustrie wird in allernächster Zeit auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen manchen Strauß auszufechten haben. Die Umstellung auf die sogenannten Goldlöhne ist für die Arbeiter bei weitem noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gediehen. Die Einkünfte des Arbeiters stehen auf dem minimalsten Stand, während die Lebenshaltungskosten auf verschiedenen Gebieten sich immer noch in aufsteigender Linie bewegen. Dazu kommen die allgemeinen Angriffe auf die bisherigen Arbeits- und Existenzbedingungen der Arbeiterschaft seitens des Unternehmertums, die auch aus den Kreisen der Schuhfabrikanten Unterstützung finden. **Mit dem 31 März erlischt der jetzt bestehende Reichslohntarif für die Schuhindustrie.** Damit wird sicher die Debatte über wichtige Existenz- und Lebensfragen der Arbeiterschaft in der Schuhindustrie auftreten. Wegen der zweckmäßigen Erneuerung des Tarifs wird es unzweifelhaft zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum kommen.

Alle diese Gründe ließen es für den Verband angezeigt erscheinen, beizeiten zu der schwebenden Situation Stellung zu nehmen. Seitens des Zentralvorstandes wurde eine Beiratssitzung einberufen, um Kollegen aus den Betrieben selbst aus den verschiedenen Bezirken des Reiches Gelegenheit zu geben, zu der Lage Stellung zu nehmen. Die Beiratssitzung hat am 20. Januar 1924 in Nürnberg getagt. Die dort gepflogenen Erörterungen sind für die Gesamtkollegenschaft von besonderer Wichtigkeit, weshalb wir das Wesentlichste davon hier folgen lassen. Der

Situationsbericht

wurde durch den Verbandsvorsitzenden Kollegen Simon erstattet. Er führte u. a. folgendes aus:

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland, in der wir uns befinden, kann nur unter Berücksichtigung internationaler Zusammenhänge betrachtet werden. Die deutsche Industrie steht nicht mehr unter den gleichen Produktionsbedingungen, wie sie vor dem Kriege vorhanden waren. Viele Länder haben sich während des Krieges, während die mitteleuropäischen Staaten blockiert waren, industriell selbst stärker entwickelt und vom Ausland unabhängig gemacht. Weltwirtschaftlich betrachtet, macht sich eine Verschiebung in den Produktionsstätten bemerkbar. Ein Beispiel dafür ist die Verpflanzung der Wirkwarenindustrie auch nach Amerika, mit der Massenauswanderungen aus dem sächsischen Erzgebirge nach Amerika zusammenhängen. Italien z. B., welches früher ein solche soft gar nicht kannte, hat heute eine gut entwickelte Schuhindustrie aufzuweisen, und ähnlich steht es auch mit anderen Ländern.

Durch eine solche Entwicklung muß Deutschland, welches als ausgesprochene Industrieexport bisher in der Hauptsache Rohstoffe einführte und Fertigwaren ausführte, auf dem Weltmarkte zurückgedrängt werden. In welchem Grade das der Fall sein wird, läßt sich noch nicht genau bestimmen. In dieser Entwicklung hat jedenfalls die jetzige Wirtschaftskrise, die Deutschland erfaßt hat, ihre tiefere Ursache.

Daß diese Wirtschaftskrise auch in der Schuhindustrie, mit einer bisher nie gekannten, außerordentlichen Bedeutung einsetzte, kann natürlich nicht allein auf den Verlust von ausländischen Absatzmärkten zurückgeführt werden. Die Schuhindustrie selbst war vor dem Kriege schon nicht als ausgesprochene Ausfuhrindustrie zu bezeichnen. Die Schuhausfuhr belief sich damals nur auf etwa 1½ Prozent der Gesamtproduktion, heute wird sie auf gleich 6 Prozent geschätzt. Die Schuhindustrie ist also nach wie vor bei dem Absatz ihrer Produkte in der Hauptsache auf den Inlandsverbrauch angewiesen, dieser wird aber in Kriegszeiten durch die geringe Kaufkraft der Bevölkerung gedrosselt. Das gibt den äußeren Anlaß zu den jetzigen Krisenerscheinungen in der Schuhindustrie.

Wir müssen aber heute klar sehen und uns die Dinge noch gründlicher zu erklären versuchen. Einige Staaten haben angeblich zur Abwehr deutschen Dumpings (Preisunterbietung) Einfuhrbeschränkungen für Schuhwaren einzuführen lassen, insbesondere Holland. Das hartige Deutschland selbst aber trifft sich als ein kleineres Deutschland dar. Die abgetretenen Gebiete, wie Posen, Westpreußen und Oberschlesien haben gar keine oder nur eine schwach entwickelte Schuhindustrie, sind aber vorher sehr gute Absatzgebiete für deutsche Schuhwaren gewesen. Die Frage: wie die Produkte ablesen? wird für die deutsche Schuhindustrie umso brennender, weil letztere gegenüber der Vorkriegszeit an Ausdehnung gewonnen hat. Die Neugründungen und Erweiterungsbauten an Schuhfabriken in der Zeit der Scheinkonjunktur, in den Jahren 1920 und 1921, sind ein Beweis dafür, wie sich die Schuhindustrie verbreitert hat. Durch Statistiken ist ja auch der Beweis erbracht, daß jetzt mehrere Zehntausend Arbeiter mehr in der Schuhindustrie beschäftigt sind, als vor dem Kriege. Einer vergrößerten Produktion steht ein verminderter Absatzgebiet gegenüber, woraus sich letzteren Endes auch die jetzige Erscheinung der Festtreibt der Wirtschaftskrise erklärt. Ein großer Export nach dem Ausland ist nicht zu erwarten und weil es im Inlande selbst an einem ausreichenden regulierten Warenabsatz fehlt, wirkt in der Schuhindustrie wie auch in andern Industrien sich eine mehr oder weniger lang anhaltende Depressionsperiode bemerkbar machen.

Mit den daraus entstehenden Wirkungen haben auch die Organisationen der Arbeiter zu rechnen. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß der größte Warenabnehmer das eigene Volk selbst ist, sollten die Industriellen den neuerdings eröffneten Verkauf nach niedrigen Löhnen als ganz falsch ansehen. Sie sollten im Gegenteil auf die übrigen Zweige einwirken, daß dieser Weg verlassen wird. Viele wollen sich aber absolut nicht überzeugen lassen davon, daß es auf Kosten der Kaufkraft der Industrie ankommt. Die Zentrale insbesondere der Schuhindustrie geht auf Lohnherabsetzung sogar bis zum Stande von nur zwei Drittel der Friedenslöhne. Die Bauunternehmungen z. B. hatten gar kein Interesse an der Herabdrückung der Löhne. Die große Industrie ist aber soweit gegangen, daß sie wenn sie Bauten auffführte, den Bauunternehmern Vorschriften gemacht hat, welche Löhne sie zahlen dürften. Es ist sogar wiederholt vorgekommen, daß Bauten stillgelegt wurden, wenn diesen Kommunen nicht entsprochen wurde. Mit dem Eintritt der Wirtschaftskrise setzt war die Lohnpolitik der Arbeiter erschwert. Man kann in solchen Zeiten gewerkschaftliche Kampfmittel nicht so anwenden, wie in Zeiten günstiger Konjunktur. Wenn selbst nur bei verkürzter Arbeitszeit geschafft wird, kommt es manchem Unternehmer gar nicht sehr darauf an einmal einen Streik zu haben. Er kann dann nicht seinen Betrieb einmal über Bord gehen schließen. In solchen Zeiten geht sich der Wert der Tarifvertragsvereinbarungen, die dann verweisen, daß die Löhne willkürlich herunterzusetzen werden. Wo keine Tarifverträge vorhanden waren, sind Lohnreduktionen nicht ausgeblieben. In manchen Berufen sind Streiks in wenigen Wochen zusammengebrochen, man ist gegen Betriebsräte und Arbeiter in der rigorosesten Weise vorgegangen.

Bedauerlich ist, daß die ganz einseitige Lohn- und Wirtschaftspolitik des Unternehmertums: Verteuerung der Produktion durch Herabsetzung der Löhne, nur die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen (?), soviel Verständnis auch im Arbeitsministerium gefunden hat. In der Arbeitsgemeinschaft — mit der unser Verband nichts zu tun hatte — waren Verhandlungen über die weitere Behandlung der Lohnfrage gepflogen. Wie sich manchen Kopfen von Industriellen die Frage der Produktionssteigerung mait, mag die Auffassung eines Unternehmers dartun, die dieser anläßlich einer Sitzung eines neugebildeten freien lohnpolitischen Ausschusses, in dem außer Vertretern der Unternehmer auch gewerkschaftliche Organisationsvertreter aller Richtungen angegen waren, zum besten gab. Er meinte: „Wenn ich bei einem beschränkten Auftragsbestand 1000 Arbeiter wochentlich nur 24 Stunden beschäftigen kann, dann arbeite ich unrentabel. Wenn ich aber ohne gesetzliche Hemmungen bin, dann kann ich 500 Arbeiter entlassen. Mit den andern 500 Arbeitern kann ich 48 Stunden, und wenn ich mehr Aufträge hereinbekomme, 54 oder 60 Stunden arbeiten; dann ist die höhere Produktivität vorhanden" So mögen noch manche Fabrikanten denken, die höhere Leistungen bei geringeren Lohnen von den Arbeitern voraussetzen. Es ist dies aber weiter nichts als brutale Profitpolitik, denn was der Staat mit den auf diese Weise um viele Hunderttausende vermehrten Arbeitslosen anfangen sollte, das erweckt bei solchen Kapitalisten keine Bedenken. Man hat es seitens des A. D. G. B. deshalb aufgegeben, bei dieser Einstellung in dieser Frage noch eine neue Sitzung mit den Unternehmern abzuhalten.

Daß hohe Regierungsstellen in diesen Fragen offenkundig ein gutes Stück mit den Auffassungen der Unternehmer konform gehen, hat die Arbeiterschaft in unerquickliche Situationen gebracht, das gipfte sich bei der Frage der Verbindlichkeitserklärung von dem Arbeitsministerium selbst gefällten Schiedssprüchen. Im Konflikt im Buchdruckergewerbe sah sich der A. D. G. B. veranlaßt, einen gebarnischten Protest an das Arbeitsministerium zu richten, weil ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden sollte, der die Bezahlung der Arbeitszeit auf 54 Stunden verlab, obwohl viele Buchdruckbetriebe schon vor dem Kriege bereits den Achtstundentag hatten. Die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen war abgelehnt worden wenn die Unternehmervertreter einmütig dagegen aufgetreten waren; die gleiche Behandlung nahmen nun auch die Arbeiter für sich in Anspruch. Praktisch wird eine solche Stellungnahme nur allerdings darauf hinauslaufen, daß es nur in den Fällen zu Verbindlichkeitserklärungen kommt, wenn sich die Parteien verständigen, oder wenn, abgesehen von Vorkommen, sich eine Mehrheit für den Schiedsspruch ergibt. Aus diesen Gründen sind leider auch unsere letzten Lohnverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium ohne positives Ergebnis geblieben. Diese Tatsache ist angesichts der Lage der Kollegenschaft betrüblich. Sie muß für uns der Ansporn sein, uns für die nächsten Lohnverhandlungen noch mehr als wie bisher mit Beweismaterial zu wappnen. Die **Sammlung durchschlagenden Verhandlungsmaterials ist jetzt umso mehr notwendig, als in der Tarifvertrag in einigen Monaten ganz abläuft und daher Verhandlungen für den Neuabschluß bevorstehen.** Inwieweit diese Verhandlungen wieder in eine günstige Geschäftslage fallen, muß abgewartet werden.

Daß von Fabrikantenseite eine Tarifkündigung erfolgt, kann als sicher angenommen werden. Als die Arbeitszeitverordnung kam, wollte eine Reihe von Fabrikanten die Arbeitszeitbestimmungen des Tarifs sofort kündigen. Der Fabrikantenverband hat das abgelehnt. Die Frage der Arbeitszeit wird aber wohl bei den Tarifberatungen wieder auftauchen, auch um die Frage der Löhne und um die Akkordumrechnung wird verständlich gestritten werden müssen, manche andere für uns wichtige Frage wird aufgerollt werden. Mancher Kollege könnte vielleicht die Frage aufwerfen, ob es nach Ablauf des Tarifs für die Arbeiter nicht einmal für eine Zeitlang leichtlich sein kann, ohne Tarif zu arbeiten, ohne unsere Kämpfe zu führen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß in einzelnen Orten mit minimiger Organisation unter sonst günstigen Bedingungen die Löhne über den Tarif hinausgetreiben werden könnten. Ob aber viele Löhne ohne Tarif sich halten lassen würden in Zeiten der Geschäftsflaute, das ist zu bestreiten. Die Geschichte unserer Kämpfe von früher hat uns Lehren genug gegeben, daß mit Eintritt einer flauen Geschäftslage immer wieder starke Lohnreduzierungen vorgekommen sind. Die kurze Krise von 1920 haben wir dagegen mit dem Tarif in den Lohnen ohne Reibungen überstehen können. Unsere Lohnpolitik muß auch darauf gerichtet sein, zurückgebliebene Orte im Lohn mitkommen zu lassen. Ein Aufgang der Löhne an weniger bedeutenden Orten wurde auf die andern Orte wieder zurückwirken, ein Zustand, der im Interesse der Industrie wie auch der Arbeiter eben durch den Reichstarif eingedämmt ist. Aus allen diesen Erwägungen heraus erscheint es als das Richtige, daß wir unsere Kräfte für den Neuabschluß eines Tarifes einsetzen. Ein solcher muß aber unbedingt befriedigend sein. Wir können nicht Tarifverträge schließen nur des Vertragens wegen. Ist ein Vorteil nicht abzusehen, dann wäre die Tarifpolitik durch eine andere Kampfpolitik zu ersetzen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Beschaffung hieb- und stichfestigen Verhandlungsmaterials. Bei den letzten Verhandlungen haben die Fabrikanten unbeleuchtete Statistiken vorgelegt, die aufgezeigt sollten, in welchem Umfange die wirklichen Verdienste über die Mindestlöhne hinausgehen. Es ist notwendig, daß unser Gegenmaterial über Steuerung der Zeitungen, über die Kürzungen der Lohnsätze im Akkord usw. usw. genau den Tatsachen entsprechend zusammengetragen und dem Vorstand übermittelt wird. Das Material muß einwandfrei sein; die Firmen müssen genannt werden können. Das Material der Schuhfabrikanten ist von uns angezweifelt worden, sofern nicht Firmen genannt werden, damit eine Nachprüfung unsererseits möglich wäre. Um einen Weg zu finden, durch den derartiges werden könnte, daß das Material gegenseitig angezweifelt wird, wodurch die Verhandlungen sich nur verschärfen, wurde von den Arbeitervertretern der Vorschlag gemacht, mit den Arbeitgebern gemeinsam einen Fragebogen auszuarbeiten, der Auskünfte einfordert über die Arbeitszeit, die Arbeiterzahl, die Lohnsummen in einem bestimmten Zeitraum 1914 und jetzt. Die Fragen sollten sich auch noch auf weiteres erstrecken, z. B. auf die Löhne in den einzelnen Sparten vorher und jetzt. Der Betriebsrat sollte zur Ausfüllung des Fragebogens in jedem Falle mit herangezogen werden, es mußten ihm alle Unterlagen gegeben werden, daß er sich überzeugen könne, der Bogen sei richtig ausgefüllt. Je eine von der Firma und von dem Betriebsrat untergezeichnete Ausfertigung möge der Unternehmer wie auch der Arbeitsvertretung zugestellt werden.

Ein solches Material würde als einwandfrei bezeichnet werden können. Jedenfalls brauchen wir als Arbeiterorganisation solche Feststellungen nicht zu scheuen. Zu unserer Genugtuung haben wir nun ein Schreiben erhalten, worin mitgeteilt wird, daß man auf Seite des Verbandes der deutschen Schuhfabrikanten bereit ist, auf diesen Vorschlag einzugehen, allerdings vorbehaltlich einer Reihe von Bedingungen. Eine der Hauptvoraussetzungen sei, daß nicht etwa durch solche gemeinsame Erhebungen in den Betrieben Reibungen veranlaßt werden, Solche Wirkungen müßten vermieden werden. Eine Mehrleistung und eine Verschiebung in den Löhnen könne nicht ohne weiteres als Lohnreduzierung bezeichnet werden. Ein größeres Arbeitsquantum bewirke auch nicht ohne weiteres eine intensivere Leistung. Es müßten die betriebstechnischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen in Betracht gezogen werden. Eine Veränderung der Formen schon könne zur Mehrleistung beitragen, auch nur eine rationellere Arbeitsweise z. B. daß zugleich größere Mengen in Arbeit gegeben würden usw. usw. Besonders flinke und besonders langsame Arbeiter müßten bei einer solchen Erhebung ausgeschaltet werden. Für jugendliche und weibliche Arbeiter, die wohl zum Teil heute im Verdienst besser gestellt seien als früher, seien besondere Feststellungen nötig.

Das sind nur die wesentlichsten Gedanken des ausführlichen Schreibens. Kollege Simon meinte dazu, daß wir die Verpflichtung, daß Reinwunen nicht entstehen durch eine solche Erhebung, zuhin eingehen können, die Vorbedingung sei allerdings, daß dem Betriebsrat die Unterlagen beigebracht werden. Dem Argument gegenüber, daß technische Verbesserungen bei der Erhöhung der Leistung mitgewirkt haben könnten, müsse entgegengehalten werden, daß auch Verschlechterungen und Erschwerungen im entgegengesetzten Sinne gewirkt haben können. Es bedürfe das in jedem Einzelfall der besonderen Feststellung. Von vornherein soll nicht gesagt werden, daß es einige Landesgebiete gibt, in denen der Lohn heute höher ist als vor dem Kriege, frühere Heimarbeitsgebiete usw., wo geradezu miserable Lohnverhältnisse bestanden haben, die eben mit Durchführung des Reichstarifs empfindlich verbessert wurden. Eine bessere Bezahlung der weiblichen Arbeitskraft gegen früher sei wohl für die Allgemeinheit nicht zutreffend. Die diesen Ausführungen folgende

Diskussion

drehte sich um Klarstellung der Fragen, ob grundsätzlich die Tarifpolitik weiter zu verfolgen sei und welche Wege eventuell nach dieser Richtung einzuschlagen sind.

Mehrere Redner wiesen auf die Unzufriedenheit in den Betrieben hin, weil mit den jetzigen Lohnen nicht durchzukommen sei. Da müsse trotz allem, was in der letzten Zeit vor sich gegangen sei, vom Zentralvorstand von neuem etwas unternommen werden, insbesondere, es bis zum Tarifablauf noch Monate betrachten.

In der Frage der Tarifpolitik stellte sich die Konferenz grundsätzlich und einmütig auf den Boden des Verbandlungsweges, der im eventuellen Falle unbefriedigenden Verlaufs immer noch einer Kenderung der Taktik Platz machen könnte. Die Debatte hatte sich demnach hauptsächlich mit der Frage zu befassen, welches im Augenblick für uns die richtige Taktik sei.

Vor allem gelte es, so wurde ausgeführt seitens der Beiratsmitglieder und seitens aller Funktionäre, die Kollegenschaft über die Situation aufzuklären. Es ist vor allen Dingen einer in einzelnen Orten und Betrieben sich bemerkbar machenden Strömung entgegenzutreten, die die unglaubliche Meinung vertritt, als ob die Organisation gar nicht mehr notwendig wäre. Es ist ebenso unglaublich und verwerflich, daß zum Glück nur in wenigen Ausnahmefällen sich die Kollegenschaft nicht zuckzartlich genug gezeigt hat, an unseren tariflich bedrückten Rechten (Arbeitszeit usw.) unbedingt festzuhalten. Hier zeige sich, was ein Tarif wert sein kann, natürlich nur, wenn die Kollegen auf der Höhe sind.

Daß die Fabrikanten den Tarif kündigen werden, sei wohl nach ihrem Verhalten in der letzten Zeit mit Bestimmtheit anzunehmen. Nach § 25 Absatz b des Tarifvertrags ist die kündigende Partei verpflichtet, für das Zustandekommen eines neuen Tarifes Vorschläge zu machen. Es handle sich nun darum, wie wir die Wünsche, die wir selbst auch haben, zum Ausdruck bringen. Weil der Verbandsbeirat an den Tarifverhandlungen selbst teilnehmen wird, wurde beschlossen, die eventuellen Vorschläge der Fabrikantenverbande erst abzuwarten, die Formulierung unserer Gegenvorschläge dann dem engeren Vorstand zu überlassen.

Aus manchen Aeußerungen von Fabrikanten sei zu entnehmen, daß sie vielleicht mit Ansichten auftreten, die für uns längst abgetan sind. Dazu gehöre, daß bei einzelnen Fabrikanten sehr wahrscheinlich die Absicht bestehe, an wichtigen bisherigen Abmachungen, anstatt sie zu befestigen, zu rütteln, z. B. sogar an dem Prinzip des Minimallohnes, an der Gültigkeit des Tarifs für alle Betriebsgrößen, z. B. auch für die Hausschuhindustrie. Für die Arbeiterschaft müsse es von vornherein als ausgemacht gelten, daß sie solchen Versuchen, die bedeuten, daß wichtige Steine aus dem Vertragsgebäude herausgenommen werden, unter keinen Umständen sich beugen würde. Gesei wohl anzunehmen, daß der sozialpolitisch gesinnte Teil der Unternehmer derartige Ansinnen auch nicht stellen wird. Bezüglich der Arbeitszeitfrage konnten wir schon manche Aeußerungen von Arbeitgebern ganz großer wie auch kleinerer Betriebe registrieren, daß sie gar nicht daran dächten, von der bewährten jetzigen Arbeitszeit wieder zu einer längeren Arbeitszeit zurückzukehren. Es sei zu konstatieren, daß, wenn in diesen acht Stunden nur zweckmäßig gearbeitet würde, diese Arbeit, um die Industrie konkurrenzfähig zu halten und auch in bezug auf die Arbeiter vollständig genügt". Es kommt für uns nun allerdings darauf an, wie bei unsen Beratungen in den Kreisen der Fabrikanten sich das Gros der Unternehmer zu diesen Fragen stellen wird. Es wird sich zeigen, ob die Fabrikanten einsichtsvoll genug sein werden, um nicht unnötigerweise Zündstoff in die Arbeitsverhältnisse hineinzuwerfen. Auf alle Fälle sei notwendig, sich zu wappnen, daß wir uns nicht etwa von Statistiken, in denen Reformbestrebungen als Durchschnittsfarbe zur Tarifstellung kommen, düpieren zu lassen brauchen. Ueberall muß an die Zusammenstellung wahrheitsgemäßen beweiskräftigen Materials herangegangen werden. In dem Schuhgewerbe ging Simon in der Spezialfrage auf die Frage ein, ob für unsere Industrie in den Tarifen an ein anderes, als das Mindestlohnprinzip gedacht werden könne. Er habe sich die Frage nach allen Richtungen hin überlegt und müsse immer wieder sagen, es gibt kein besseres als das bisher angewandte Prinzip. Eine anderer Beruf kann kaum als Beispiel herangezogen werden denn in kaum einem streikenden Berufe ist eine so auf die Spitze getriebene Teilung der Arbeit anzutreffen wie in der Schuhindustrie. Nur wenige Berufe werden bei den Akkordberechnungen so eingestellt sein wie es bei uns ist, wo selbst mit hundertfel Pfennigen gerechnet wird. Auch in dem Tarif der englischen Schuharbeiter kennt man das Prinzip des Mindestminimums. Von weiteschlechen Berufen ist dort, daß im gemeinsamen Einverständnis der Organisationen die Arbeitsvermittlung durch die Hände der Arbeiterorganisation geht. Im Lohne des Akkordarbeiters sind dort mit 25 Prozent über dem allgemeinen Minimum angesetzt. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß mit Anwendung eines anderen Lohnprinzips für die Schuhindustrie die Schwierigkeiten sich vermehren würden.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung war die Frage zu erledigen, ob in diesem Jahre an die

Abhaltung des ordentlichen Verbandstages

gedacht werden könne. Von Berlin liegt dazu der Antrag vor auf beschleunigtem Wege einen außerordentlichen Verbandstag abzu-

halten. Die Stellungnahme des Vorstandes dazu ist den Kollegen aus Nummer 2 des „Schuhmacher" bekannt. Wie die Lage im Oktober und November 1923 stand, haben allgemeine Spartanerkreise ausführlich, vor allem die Aussichten auf etwa durchzuführende kommende Kämpfe, für welche die Verbandsmittel in erster Linie bereit zu stellen sind, den Vorstand veranlaßt, zu erwägen, ob nicht eine Verschiebung des Verbandstags am Platze wäre. Dies ihm Gründe, so führte Simon aus, gelten auch heute noch. Man habe zu befürchten, daß ein Verbandstag neue 12,000—15,000 Millionen Mark an Fahrgeldern, Daten und Unkosten verschlingen würde. Wolle man die Einberufung seines Verbandstags beschließen, dann gehe das nur unter der Voraussetzung, daß von jedem Mitglied mindestens ein Wochenbeitrag zur Deckung der Unkosten erhoben werde.

Kollege Müller-Berlin legte die Beweggründe dar, die zu dem Berliner Antrag geführt hatten. Der Gedanke sei der Eingabe entsprungen, hier aber die allgemeine Situation, in der die Arbeiterschaft steht, klar zu werden. Von anderen Beiratsmitgliedern wird die Einberufung nicht für vorteilhaft gehalten aus finanziellen Gründen. Unter den bestehenden Verhältnissen sei den Mitgliedern mit Extrabeiträgen zu kommen, gehe nicht an, zumal wir nicht überzeugt wieder allgemein, wenn die Arbeitslosigkeit abnimmt, zur geregelten Beitragszahlung kommen. Noch weniger jetzt allgemeine Zustimmung zu erwarten sein, ehe man endgültig an den Verbandstag denken könne. Eine Einstellung auf die vielen Erfordernisse sei vorsichtiger, als auf die Funktionäre des Verbandes zu schimpfen. In diesem Sinne müsse ein Umwälzung der Mitglieder erfolgen. Man solle nicht etwa meinen, daß der Vorstand einen Verbandstag zu scheuen habe, solche Motive konnten bei seiner Stellungnahme überhaupt nicht mitspielen. Mehrere Kollegen sind für die Abhaltung des ordentlichen Verbandstags. Nur jetzt, wo wir vor Kämpfen um den Tarifabbau stehen, müsse man die Sache vorläufig auf sich beruhen lassen. Schließlich wurde gegen eine Stimme ein Antrag Weber angenommen, der entschied, den Verbandstag für den Spätherbst in Aussicht zu nehmen, im übrigen aber zu endgültiger Beschlußfassung die ganze Angelegenheit infolge der Frage des Urlaubsbeitrages der Beratung zu überweisen, die bei den Tarifverhandlungen zusammentritt. Damit hatte sich auch der Berliner Antrag erledigt.

Die nächsten Erörterungen galten unserem

Beitrags- und Unterstützungswesen.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Situation, weil ernsthaftere Kämpfe in Erscheinung treten können, schlägt der Vorstand vor, alle Mittel für diese bereit zu halten, d. h. es ebenfalls zunächst bis zur nächsten Beiratssitzung sei der jetzt geltenden Sistierung der Unterstützungen zu belassen. Die Organisation werde nur die Kräfte entsalten können, die ihr die Mitglieder selbst verleihen. Die augenblickliche Situation verlangt die Reservierung aller verfügbaren Mittel für den Kampf. Die zweckmäßigste Beitragsgebung, die Beitragsfrage überhaupt, ist das Kernstück der Organisation.

Bezüglich der jetzigen Beitragsregelung habe es manche Monitas gegeben, jedoch drückten diese auf irrtümlichen Auffassungen. Man bemängelte die sieben Beitragsklassen und sagte, man hätte über 50 A nicht hinaufgehen dürfen. Das ist aber falsch, denn mit 70 A kommen wir die wirklichen obersten Verdienste nicht einmal erfassen. Wir haben sieben Klassen, weil der Mitgliedschaft — den man auch als gerecht ansehen muß — bekannt, daß im Beitrag die Stundenlöhne möglichst so, d. h. in der Höhe erfaßt werden, wie sie verdient werden. Im allgemeinen ist diese Auffassung auch durchgedrungen; sie muß aber Allgemeingut werden. Allerdings an manchen Plätzen ist die Abneigung gegen die Zahlung ordentlicher Beiträge in demagogischer Weise zu ganz verwerflichen Zwecken ausgenützt worden. Man hat mit dem Worte

Beitragssperre,

ein Wort, das in den Reihen organisierter Arbeiter früher kein Mensch kannte, einen unerhörten Unfug unter den eigenen Gewerkschaftsgenossen entfaltet. Der Vorstand ist gegen diesen Unfug in jedem Falle mit aller Schärfe vorgegangen, weil es so etwas in unseren Reihen nicht geben darf. Wir haben Fälle gehabt, daß mit der nichtsnutzigen Begründung Einzelne die Einstellung der Beitragsleistung propagiert haben, sie selbst waren aber so schlau, weiterzuzahlen. Diese Demagogen wollten bonn mit dem Einwand gegenüber dem Vorstand hervortreten, die Kollegenschaft habe kein Vertrauen mehr zur Organisation und ihren Führern! **Solche demoralisierten Manöver sind das allerärgste Verbrechen an der organisierten Kollegenschaft!** Die Organisation kann keine Beitragssperre. Wer eine solche mitbeschließt, wer dazu auffordert, stellt sich selbst außerhalb der Organisation! In Birmasens wurden die Urheber des Unfugs durch entsprechenden Beschluß des Zentralvorstandes kaltgestellt. **Die irregeführten Kollegen sind dann selbst wieder zum Verbande gekommen!** Deshalb sollte man solche unlauteren Gesichten von vornherein nicht mitmachen und zurückweisen. In der Organisation kann ein sehr feine Meinung zum Ausdruck bringen. Das Urteil der Mehrheit ist entscheidend.

In der Diskussion meldete sich zum Wort Kollege Weber-Köln der anregt, daß man zunächst mit Bezug auf die Streik- und Maßregelungsunterstützung den § 5 Ziffer 4 des Statuts wieder in Kraft setzen könne. Kollege Müller-Berlin bestätigte, daß die Zahlstellen sich so einrichten können, daß sie gar nicht die Marken von allen sieben Beitragsklassen brauchen; in Berlin konnte man auf die niedrigen Marken verzichten. Kollege Kummerow-Bamberg erwähnt, daß man, um die finanzielle Rüstung zu stärken, auch in den Bauversen trotz verschiedener Gesichtslage auf hohe Beiträge halte. Kollege Ott-Nürnberg hofft, daß, wenn die Kurzarbeit aufhört, das Beitragszahlen wieder wesentlich schwer fallen dürfte im übrigen sei es prinzipiell für Kollegen entbehrlichen Unterstützungszweige. Kollegin Käuner-Weißenfels erbat sich Auskunft über dokalfinanzangelegenheiten. Fischer-Frankfurt endlich eine noch einmal auf die Frage der Beitragssperre ein. Auch in Frankfurt sei der Unfug aufgetaucht. Wer der Urheber war, weiß man noch nicht: auf einmal habe es gedeißen: „Für die „Bonzen" wird kein Beitrag mehr gezahlt". Das ist doch in Wirklichkeit ein unerhörte Verunglimpfung der Organisation! Man denke sich in der Zeit der Not, wenn Kassierer auf die vielen ganz jungen und noch unerfahrenen Leute in den Betrieben machen für die die Organisation sich doch ebenfalls immer eingesetzt hat. Was soll das ohne Gesichtspunkt auf die letzteren Personen für einen Sinn haben? Heute ist es ja so, wenn Wer zur Organisation gekommen sind, selten sich die Berufsfrage stellt. Wir müssen doch wissen, daß andere, mit der Leitung betraut es doch nie und immer besser machen könnten! **Derartige Unterwühlungen der Organisationen müssen von der Kollegenschaft selbst unmöglich gemacht werden.** Wer Gewerkschaftler ist, muß sie unschreiben denn wir brauchen in der Organisation gewissenhafte Vertrauen. Wird in diesem Sinne gearbeitet dann brauchen wir auch keine Angst vor Mitgliederverlusten zu haben.

Bei der Beschlußfassung wird dem Vorstandsvorschlage entsprochen. Alle Unterstützungen außer Streik-Maßregelungsunterstützung und Rechtsschutz bleiben sistiert bis auf weiteres. Außerdem wurde dem Vorschlag Weber entsprochen.

Nunmehr war als weiterer Tagesordnungspunkt die Pensionierung des Kollegen Reuß und die

Anstellung eines Kassierers

zu erledigen. Der erste Verbandskassierer, Kollege Reuß, hat nun einen Zeitraum von 40 Jahren die Kassengeschäfte verwaltet, hat gedeten, ihn von seinem Posten zu entbinden. Er steht nun im Alter von 70 Jahren und besonders durch die erheblichen Unterwühlungen der letzten Zeit unter der Bankrotswirtschaft ist sein Bestanden beeinträchtigt. Der Vorstand fühlte sich genötigt, dem Kollegen Reuß, dem es bergsmut war, eine so lange Zeit hindurch diesen Posten mit seinem Eifer und Geschick auszufüllen und gegen dessen Verlangen nicht entgegenzutreten zu können, den Dank der Kollegenschaft auszusprechen. Der Vorstand hat nun nach den statutarischen Bestimmungen in Verbindung mit dem Ausschuß und Beirat die Anstellung vorzunehmen. Die Auswahl für einen geeigneten Kassierer ist nun an und für sich beschränkt. Ein Kassierer muß ein guter Rechner und auch sonst mit den nötigen Fähigkeiten ausgestattet sein. Zurzeit schwebt die Auswahl auch an der Wohnungsfrage, weil eine auswärtige Kraft in Nürnberg jahrelang auf Wohnung warten müßte. Der Vorstand, der selbstverständlich die Kurzarbeit unter gewaltige Person nicht dem Zufall hätte überlassen können, habe Umschau gehalten. Seine Wahl sei auf den Kollegen Huber-Birmasens gefallen, der bisherigen Kassier der Birmasenser Zahlstelle. Er sei als tüchtiger Kassierer allgemein bekannt. Huber gehört zu den von der Belegung betroffenen Außerbayern. Mit seiner Anstellung könne voraussichtlich auf die mehrfache Hilfskraft in der Hauptstelle, da die bisherige außerdem ist, verzichtet werden. Der Beirat trat unter allgemeiner Zustimmung diesen Vorschlägen des Vorstandes bei. Damit ist die Anstellung des Kollegen Huber zum zweiten Kassierer beschlossen der diesen Posten demnächst antreten wird.

Nunmehr folgte noch die Regelung einiger interner Organisationsangelegenheiten. Unter Verschiedenem kam man auf den Ausfall von Beiträgen zu sprechen, die Huber gehört zu den von der Belegung betroffenen Außerbayern. Mit seiner Anstellung könne voraussichtlich auf die mehrfache Hilfskraft in der Hauptstelle, da die bisherige außerdem ist, verzichtet werden. Der Beirat trat unter allgemeiner Zustimmung diesen Vorschlägen des Vorstandes bei. Damit ist die Anstellung des Kollegen Huber zum zweiten Kassierer beschlossen der diesen Posten demnächst antreten wird.

Nunmehr folgte noch die Regelung einiger interner Organisationsangelegenheiten. Unter Verschiedenem kam man auf den Ausfall von Beiträgen zu sprechen. Die Aussprache geriete den Vorsitzen, daß, wenn solches Material gewünscht wird, von den Ortsstellen auch unbedingt die alten Ausfälle über die Verhältnisse am eigenen Ort angeben werden müssen. Am weiteren wurde noch einmal auf die Bedeutung der umlaufenden Fragebogen aufmerksam gemacht. Es liegt der Verbandsleitung mehr daran, bei den Debatten über Leistungen und Löhne mit kleinerem, aber gutem, anhalt mit umfangreichem, vielleicht aber wenig brauchbarem Material aufzumarschieren zu können. Die Betriebsräte müssen garantiert werden, irgend etwas zu bestätigen, worüber ihnen nicht in dem einzelnen Punkte Aufklärung gegeben ist. Der beste Vorteil der Arbeit [illegible] und Löhne von früher gegen heute sei bei Arbeiten zu ziehen, die sich im allgemeinen gleich geblieben sind, zum Beispiel beim Verbandsleiter.

Mit einem Appell, überall zur Mitarbeit und zur allgemeinen Aufnahme innerhalb der Organisation anzuleisten wurde die arbeitsreiche, aber anregend verlaufene Sitzung beendet.

Amtliche Bekanntmachung des Zentraltarifamts der Schuhindustrie.

Tagesordnung

der am Freitag, 8. Februar 1924 (evtl. auch am 9. Februar), vormittags 9 Uhr, im Mittelsaal (kleiner Saal) zu Berlin W. 9, Köthenerstraße 38, stattfindenden

Sitzung des Zentraltarifamts der Schuhindustrie.

I. Anträge zum Ortsklassenverzeichnis.

A) auf Einreihung der Orte:

Bielefeld (E.-W.), Detmold-Wels (Kreis Bielefeld), Teberg, Minden, Mitterbach, Baden-Baden, Pfullingen, Kirchheim, Annaschütt, Wiesbaden (Ortsteil), Altenmünster, Wartenfeld b. Stadtsteinach (Ofr.), Tröstbrunn, Auerbach.

C) auf Zuweisung von Orte a. d. Rahe an die Bezirkstarifkommissionen in Birmasens.

II. Beschwerden: 1. Firma Rieger & Co. in Tuttlingen gegen den Zentralverband in Nürnberg. S. T. R. II. 2725. Entsch. der B. T. C. Tuttlingen v. 23. Juni 1923. 2. Firma Bürr in Schwenningen gegen den Zentralverband in Nürnberg. S. T. R. II. 2723. Entsch. der B. T. C. Tuttlingen v. 23. Juni 1923. 3. Firma Riedmann & Partner in Fürth gegen die Ortsverwaltung des örtlichen Verbandes der Arbeiter. S. T. R. II. 2128. Entsch. der B. T. C. Fürth v. 21. Juni 1923. 4. Die Firmen Kirsch, Bibel & Co., Bechel, Haufe, Kretschmann, Schweyer, Benner, Sommerfeld und Bechel, sämtlich in Pirmasens gegen den Zentralverband in Nürnberg. S. T. R. II. 2828. Entsch. der B. T. C. Pirmasens v. 22. August 1923. 5. Firma Knipper in Gersfeld gegen den Zentralverband in Nürnberg. S. T. R. II. 2723. Entsch. der B. T. C. Fulda v. 27. August 1923. 6. Zentralverband in Nürnberg gegen die Firma Kamberndal in Wirmsdorf. S. T. R. II. 2723. Entsch. der B. T. C. Pirmasens v. 27. August 1923. 7. Zentralverband in Nürnberg gegen die Firma Bruscia & Bellert in Aschaffenburg. S. T. R. II. 2723. Entsch. der B. T. C. Nürnberg v. 4. September 1923. 8. Firma Fritzenwallner in Wittenfeld gegen den Gewerkverein der Lederarbeiter. S. T. R. II. 2925. Entsch. der B. T. C. Wittenfeld v. 6. September 1923. 9. Zentralverband in Nürnberg gegen die Firma Meier & Co. in Hamburg. S. T. R. II. 194. Entsch. der B. T. C. Hamburg v. 22. Dezember 1923.

Berlin, den 21. Januar 1924. gez.: Dr. Gerhel,
Vorsitzender des Zentraltarifamts.

Mitteilungen.

Internationale Hilfsbereitschaft.

In unserer Mitteilung in Nr. 2 über die Unterstützung unseres Verbandes durch die Gewerkschaftsbewegungen ist ein dreiviertel Druckfehler entstehen. Es sind [illegible] nicht 25,000, sondern auf 25 Millionen **unverzinslich Mark.**

Urlaubsangelegenheit in Berlin.

Die Verwaltung des Berliner Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelufer 24, macht darauf aufmerksam, daß der unter den Lokalen stehende Urlaubsfonds von einem Tausend Mark auf 1000 Mark mit dem 21. Januar 1924 in Lederarbeiter verwandelt worden ist, und zwar einstimmig Lederarbeiter. Entsprechende an und die Gewerkschaften werden ersucht, den einzelnen Kollegen zu empfehlen, im Falle der Anwesenheit in Berlin diese Urlaubsangelegenheit zu benutzen.

Adressenänderung des F. D. G. B.

Der Bundesvorstand hat mitgeteilt, daß sich seine neue Postanschrift befindet. Die Adresse des Allgem. Freien Gewerkschaftsbundes, der Redaktion der Gewerkschaftszeitung und Redaktion: Berlin C. 2, Gewerkschaftshaus, Telephon: Moritzplatz 1692 bis 1692. Das „Gewerkschaftsjahrbuch" und die „Gewerkschaftszeitung" ein neues Heft erscheinen nicht mehr. Falls bei der F. D. G. B. unter dem Namen „Gewerkschaftszeitung" ein neues Heft erscheinen, bei den Anfragen dieser beiden Blätter übernommen hat.

Internationales Gewerkschaftssekretariat.

Vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftssekretariats (Amsterdam) wird der nächste Internationale Gewerkschaftskongreß in den Tagen vom 2. bis 7. Juni nach Wien einberufen. Der Kongreß wird in Wien eine Internationale Arbeiterinnenkonferenz abzuhalten.

Gewerkschaftliche Konzentration.

Der Bäckereiarbeiterverband hat sich bei den Nichtmitgliedern-Verbänden und der Schiffahrtsunterverband hat sich beim Deutschen Metallarbeiterverband angeschlossen. Der Bäckerverband hat nach Rücksicht der Gewerkschaftsbewegung die Frist der Schiffahrtsunterverbände [illegible] nun zwei gutmacher geworden. Die Berufsfrage [illegible] bleibt dabei, daß heute, wo wirklich ein Verbandsbuch [illegible] herausbringen mit der Verschmelzung nicht gesagen wird.

Endlich Schluß mit der Arbeitsgemeinschaft.

Der Bundesvorstand des Nichtbundes hatte am 3. Januar gelegt und nach einstimmiger Erörterung folgenden Beschluß gefaßt: Der Bundesvorstand beauftragt den Gesamtvorstand, den Antrag, der Nichtbund aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu kündigen." Damit dieser Antrag sofort wirksam wird, ist der Bundesvorstand ermächtigt, die Arbeitsgemeinschaft aufzugeben, so daß von Ausschüssen nicht mehr der Zentralarbeitsgemeinschaft Bundesvorstand [illegible] in seiner Sitzung am Mittwoch, Januar auch der F. D. G. B. in dem Ausschuß [illegible] Sitzung zusammen und [illegible] beschlossen. Damit ist die Ära der Arbeitsgemeinschaft nun endlich begraben.

Frankfurt a. M.

Am Sonntag, den Januar [illegible] der Arbeitsbörse und Gewerkschaftshaus Frankfurt, das Arbeitsamt in der Sachsenhäuser Straße [illegible] Dieses ist wiederhergestellt. Ist doch [illegible] ein Betrieb zu verzeichnen, in der die Zahlstelle [illegible] Ein Berichterstatter [illegible] 27 [illegible] Neubauten [illegible] 11 Jahren betrug im Anfang [illegible] Oktober 400 am. Ende Oktober betrug er 500. Mitgerechnet Mark. Am 3. November wurden Gehälter [illegible] Gewerkschaftsbeamten [illegible] Die Warenhäuser [illegible] Gewerkschaftsbeamten [illegible] Gewerkschaftsbeamten [illegible] Gewerkschaftsbeamten